

Hilfe für Migranten an der belarussisch-polnischen Grenze

Aufgrund von Umständen, die es nicht vertreten kann, ist Belarus in der letzten Zeit mit einem Anstieg des Migrantenstroms aus von Konflikten betroffenen Ländern durch sein Hoheitsgebiet in die Länder der Europäischen Union konfrontiert. Dieser Transit ist nichts Neues oder Einmaliges und im Vergleich zu den Strömen, die nach Griechenland und Italien gehen, wesentlich geringer. Er fand auch früher statt, aber durch gemeinsame Anstrengungen haben Belarus und die Nachbarländer gemeinsame Interessen im Bereich der regionalen Sicherheit und des Grenzschutzes erfolgreich geschützt.

Die Situation änderte sich, nachdem die EU eine konstruktive Zusammenarbeit mit Belarus aufgegeben hatte. Die von der EU sanktionierte frühzeitige Beendigung internationaler technischer Hilfsprojekte zur Gewährleistung der Grenzsicherheit an der Grenze zu Belarus gefährdete die bestehenden belarussisch-europäischen Abkommen zur Regelung von Grenzfragen. Die EU hat die Finanzierung eines internationalen technischen Hilfsprojekts für den Bau von Aufnahmezentren für illegale Migranten in unserem Land eingestellt, das im Rückübernahmeabkommen und in der Erklärung über die Mobilitätspartnerschaft vorgesehen war. Unserem Land wurden die notwendigen Ressourcen und Möglichkeit weggenommen, im gleichen Umfang an der Lösung gemeinsamer Probleme der illegalen Migration zu arbeiten.

Seit April dieses Jahres schlug Belarus der Europäischen Kommission wiederholt vor, Konsultationen zum erwähnten Projekt der technischen Hilfe und allgemein zur Kooperation bei der Bekämpfung der illegalen Migration durchzuführen. Leider lehnt die EU einen solchen Dialog konsequent ab und politisiert dieses Problem, indem sie das von internationalen Organisationen (UNHCR, IOM, OSZE, Europarat etc.) kritisierte Handeln der eigenen Mitgliedstaaten mit zweierlei Mass bewertet.

Belarus fördert in keiner Weise die illegale Migration in die EU-Staaten und nützt seinen Luftraum nicht für diese Zwecke, wie westliche Länder ständig versuchen darzustellen. Die visafreie Ein- und Ausreise für Staatsbürger der Länder mit hohem Migrationsrisiko gilt nur beim Vorhandensein eines gültigen Schengen-Visums zur mehrfachen Einreise mit Vermerk über die Einreise in das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates oder eines Mitgliedsstaates des Schengen-Raums sowie der Flugtickets mit Bestätigung des Rückflugdatums.

Belarus ist zutiefst besorgt über die gegenwärtig angespannte Lage an seinen Grenzen zu Polen, Litauen und Lettland, die durch die ständig von westlichen Politikern geäußerte Bereitschaft, Migranten aus humanitären und wirtschaftlichen Gründen aufzunehmen, verschärft wird. Solche Aussagen machen potenziellen Asylbewerbern Hoffnung und wirken motivierend. In Wirklichkeit bleiben diese Versprechen jedoch eine leere PR-Aktion.

Belarus verbirgt nichts, weil es seine internationalen Verpflichtungen nicht verletzt. Um dies zu bestätigen, hat Belarus internationalen Organisationen Zugang zu Migranten an der Grenze auf seinem Hoheitsgebiet gewährt und arbeitet weiterhin mit dem Büro des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge, der Internationalen Organisation für Migration und der Belarussischen Rotkreuzgesellschaft zusammen.

Die Behauptungen Polens, Litauens und einiger anderer Staaten, Belarus lasse humanitäre Hilfe für Migranten nicht durch, sind eine glatte Lüge, die dazu dient, zusätzlich Geld aus dem EU-Haushalt für den Bau der Stacheldrahtzäune an der Grenze zu erhalten. **Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, bestätigte, dass Belarus Migranten über den UNHCR, die IOM und die belarussische Rotkreuzgesellschaft Zugang zu humanitärer Hilfe gewährt hat.** Dies bestätigte auch kürzlich der Pressesprecher des UN-Generalsekretärs bei einem regelmässigen Briefing im UN-Hauptquartier.

Ein weiteres Zeugnis für die Zusammenarbeit von Belarus mit internationalen Organisationen im Gegensatz zu Polen und Litauen ist die gemeinsame Pressemitteilung der IOM und des UNHCR vom 12. November 2021 über den ihnen am 11. November gewährten Zugang zu einem provisorischen Lager an der belarussischen Grenze nahe des internationalen Grenzübergangs Bruzgi, wo sich seit dem 8. November eine Gruppe von rund 2.000 Asylsuchenden, Flüchtlingen und Migranten aufhält. Darunter sind viele Kinder und Frauen, auch schwangere Frauen. Während des Besuchs leisteten UNHCR und IOM Nothilfe, sie brachten Hygieneartikel für Kinder und Frauen sowie Lebensmittel. In naher Zukunft wird deren Partnerorganisation – das Belarussische Rote Kreuz – zusätzliche Hilfegüter liefern: Decken, warme Kleidung, Handschuhe, Mützen und Stiefel für Kinder. Während des Besuchs sprachen IOM und UNHCR mit den Menschen und teilten ihnen verlässliche Informationen über verfügbare Optionen mit.

Es ist bemerkenswert, dass **Polen absurde und bewusst unangemessene Forderungen an Belarus über die Zulassung polnischer humanitärer Transporte auf belarussisches Territorium stellt.** Es gibt keine Logik in diesen Handlungen, denn eine solche Hilfe kann Polen leicht von seinem Grenzgebiet aus leisten. Polen manipuliert jedoch absichtlich und zynisch die Fakten und ersetzt mit seinem humanitären Transport die internationale humanitäre Hilfe.

Mehr noch: **Polen und Litauen haben in ihren Grenzgebieten den Notstand ausgerufen. Polen zieht weiterhin Militärkontingente und Spezialausrüstung an die Grenze und eskaliert aktiv die Situation. Wasserwerfer stehen dicht am Stacheldraht – nur ein paar Meter von Migranten entfernt. Diejenigen, denen es gelingt, auf das polnische Gebiet zu gelangen, werden von den Polen entlang der Grenze abgeführt und gewaltsam nach Belarus zurückgeworfen.**

Polen handelt nicht nur gegen ausländische Asylbewerber, sondern auch gegen seine Bürger rechtswidrig, die versuchen, leidenden Menschen Barmherzigkeit zu erweisen. So berichtete der polnische Verein "Ärzte an der Grenze", dass freiwillige Ärzte vom polnischen Militär angegriffen werden, die ihre Autos beschädigen, Räder durchschlagen und Scheinwerfer zerbrechen.

Journalisten haben grundsätzlich keinen Zugang zu Grenzgebieten, und diejenigen, die dort einreisen, laufen Gefahr, gewaltsam festgenommen zu werden. Dabei gewährt Belarus Zugang in die Grenzzone für Journalisten und Medienvertreter, auch ausländische, zum Beispiel *CNN*.

Belarus seinerseits hat die schreckliche Situation, die von den polnischen Behörden an der Grenze verursacht wurde, nicht tatenlos angeschaut, sondern beschlossen, Migranten mit allem Notwendigen zu versorgen, um ihr Leben zu retten, während sie darauf warten, dass Europa ihrem Ruf nach internationalem Schutz und Asyl nachkommt.

Das improvisierte Camp der Migranten nahe der polnischen Grenze wurde mit Lebensmittelpaketen beliefert, darunter Back- und Wurstwaren, Eintöpfe, Wasser, Süßigkeiten und Obst sowie Hygienepakete, warme Kleidung und Decken, Brennholz und Stromgeneratoren. Insgesamt wurden bis jetzt übergeben: Trinkwasser – 7 Tonnen; Milch – 6 Tonnen; Fleischprodukte – 1,5 Tonnen; Würste – 2 Tonnen, Rindereintopf – 500 kg; Fleischkonserven – 3 Tonnen; Gemüsekonserven – 0,8 Tonnen; Backwaren – 7 Tonnen; Süßwaren – 3 Tonnen; Obst – 1 Tonne; 100 Lebensmittel-Sets, warme Kleidung – 3200 Einheiten, Kleidung – 1000 Einheiten; 811 Woldecken. Die Hilfe fließt weiter.

Die Hilfe wurde von staatlichen Unternehmen der belarussischen Nahrungsmittel- und Leichtindustrie mit Unterstützung der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des UNHCR, der afghanischen Gemeinschaft in der Republik Belarus sowie von belarussischen Nichtregierungsorganisationen, z.B. dem Belarussischen Frauenverband, zusammengestellt.

Belarussische Ärzte leisten an der Grenze gestrandeten Menschen qualifizierte kostenlose medizinische Hilfe sowohl direkt vor Ort als auch bei Bedarf in medizinischen Einrichtungen, insbesondere Schwangeren und Kindern. An Orten, an denen sich Migranten versammeln, werden Massnahmen ergriffen, um die Ausbreitung der Coronavirus-Infektion zu verhindern.

Am derzeitigen Chaos an der Grenze ist Belarus nicht schuld, aber der Westen versucht starsinnig, die Welt und die europäische Gemeinschaft vom Gegenteil zu überzeugen. **Wie *The Guardian* feststellte, ist Belarus zu einer bequemen Ausrede geworden, um „die Grausamkeit Europas zu verschleiern“.** Die Fakten zeigen, dass es nicht Belarus ist, das Migranten „instrumentalisiert“, wie die EU und einige andere Staaten von hohen Tribünen sagen. Die EU „instrumentalisiert“ selbst, indem sie versucht, mit Vorwürfen gegen Belarus ihre Verweigerung der Einhaltung der Verpflichtungen aus der Flüchtlingskonvention von 1951 und zahlreiche Verstöße gegen europäische

und internationale Normen sowohl im Bereich der Menschenrechte, wie auch im Asyl-Bereich zu rechtfertigen.

Belarus erwartet, dass die EU in Übereinstimmung mit den Aussagen des Chefs der europäischen Diplomatie Josep Borrell zu agieren beginnt, der in einem Interview mit *France 24* sagte: „Das Problem der Migranten kann nicht durch den Bau einer Mauer an der Grenze zwischen Polen und Belarus gelöst werden“.

Belarus ist bereit, mit allen interessierten Parteien, einschliesslich der westlichen Länder, zusammenzuarbeiten und politische Differenzen bei Seite zu legen, um eine weitere Verschärfung der Migrationskrise in unserer Region, die sich zu einer humanitären Katastrophe entwickeln könnte, zu verhindern und Menschenleben zu retten.